

## Streiken wie in Großbritannien

Vor vielen Jahrzehnten war die britische Gewerkschaftsbewegung für ihre Streikbereitschaft international bekannt. Ab den 1980er Jahren führten drastische Antistreik- und Antigewerkschaftsgesetze unter der Thatcher-Regierung und Niederlagen in wichtigen Streiks zu einem drastischen Rückgang der Arbeitskämpfe. Seit etwa einem Jahr gibt es aber einen erneuten Anstieg der Streiks, vor allem eine Koordination verschiedener Gewerkschaften und verschiedener Branchen. Und die Reaktion der Regierung? Sie versucht, das Streikrecht noch weiter einzuschränken.

Was sind die Hintergründe dieser Entwicklung? Welche Erfahrungen machen die Kolleg\*innen in diesen Streiks? Welche Rolle spielen die Strukturen der Gewerkschaftslinken? Was tun die Gewerkschaften gegen die neuen Angriffe auf das Streikrecht? Was können wir aus den britischen Erfahrungen lernen? Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen unseren Auseinandersetzungen und denen unserer britischen Kolleginnen und Kollegen? Wie können wir uns solidarisieren?

### Wir laden ein zur Diskussionsveranstaltung

mit **Gareth Bromhall**: Krankenwagenfahrer, Streikaktivist, Vorsitzender des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC in Swansea und im Vorstand des TUC in Wales.

**am Donnerstag 20. April 2023 um 18.00 Uhr**

**im DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20** im Erdgeschoss Bambussaal

## Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

**Nächster Metallertreff: Mittwoch, 10. Mai 2023 um 18 Uhr in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF**

**Kontakt: [metallertreff@yahoo.de](mailto:metallertreff@yahoo.de)**

## Für einen kämpferischen 1. Mai

Am 1. Mai gehen wir auf die Straße für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenkosten auf die Beschäftigten, für eine friedliche Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wir fordern eine kämpferische Lohnpolitik und kräftige Reallohnsteigerungen sowie Arbeitszeitverkürzungen.

**10 Uhr** | Demonstration | Start am Marienplatz

**11 bis 13 Uhr** | Kundgebung | Marktplatz

**Weitere Kundgebungen in Esslingen, Göppingen, Kirchheim, Ludwigsburg, Nürtingen, Sindelfingen, Waiblingen:**

**Weitere Infos unter:**

<https://stuttgart.dgb.de/>



**Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften Metallertreff**



## Solidarität ist unsere Stärke Gemeinsam Streiken notwendig

Vielen Kolleginnen und Kollegen steht das Wasser bis zum Hals. Die Kriegs- und Krisenlasten, die auf die Beschäftigten abgewälzt werden, verschärfen die Armut. Die Inflation frisst weiterhin die Löhne auf. Die Verbraucherpreise liegen immer noch bei ca. 9 %, bei Grundnahrungsmitteln um 20 %. Die daraus resultierenden Wohlstandsverluste sind längst auch bei Facharbeitern angekommen. 16,9 % der Menschen in unserem Land gelten als arm, das ist mehr als jeder sechste, das sind 14,1 Mio. Menschen – ein neuer Höchststand. Wer die Hoffnung hatte, dass die Regierung hier Abhilfe schafft, ist nach einem Jahr Krisenpolitik, „Doppelwumms“ und sogenannten Entlastungspaketen bitter enttäuscht. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, bezahlbarer Wohnraum ist fast überall zur Mangelware geworden und Armut ist in vielen Regionen unseres Landes eine Massenerscheinung. Die Leidtragenden sind die Menschen in den Betrieben, in den Städten und Gemeinden, die nicht nur mit den aktuellen Preisentwicklungen zu kämpfen haben, sondern auch den Wirtschaftskrieg gegen Russland direkt und indirekt bezahlen. Gleichzeitig konnten große Konzerne Rekordgewinne verbuchen. Nicht nur Rheinmetall und andere Waffenschmieden sind Profiteure von Krieg und Krise. Auch die Autoindustrie und Energiekonzerne fahren satte Gewinne ein. Insgesamt beliefen sich die Gewinne der 100 größten Unternehmen in Deutschland auf stolze 145 Milliarden Euro.

### Schere zwischen Arm und Reich

Dagegen, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinanderklafft, helfen

weder gute Argumente noch der Ruf nach „Sozialpartnerschaft“. Die KollegInnen in Großbritannien und Frankreich haben es in den vergangenen Monaten vorgemacht, haben branchenübergreifende Streiks bis hin zum Generalstreik von mehreren Millionen (in Frankreich gegen die Erhöhung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre) durchgeführt. Für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen muss man kämpfen. Die einzige Sprache, die die Kapitaleseite versteht, ist der Streik.

Diese Erkenntnis scheint sich auch hierzulande immer mehr durchzusetzen. Bereits im Herbst beteiligten sich rund 900.000 Beschäftigte an den Streiks in der Metall- und Elektroindustrie, bei der Post streikten im Februar und März 100.000 von 160.000 Beschäftigten für 15 % mehr Lohn, im Öffentlichen Dienst streiken seit vielen Wochen Hunderttausende für 10,5 %, mindestens 500 Euro. Auch bei der Bahn nimmt die Tarifrunde und die Streiks Fahrt auf für 650 Euro mehr im Monat. Im Handel wurde Ende März eine Forderung von 13 % für die Beschäftigten des baden-württembergischen Groß- und Außenhandels beschlossen. Da beginnen die Verhandlungen im Mai.



Alles keine überzogenen Forderungen, sondern angesichts der immer noch hohen Inflation mehr als berechtigt und notwendig, um die Absenkung der Reallöhne zu verhindern. Eine Bündelung dieser Kämpfe und unsere Solidarität ist wichtig, damit kann mehr Kraft entfaltet werden. Leider haben die bisherigen Abschlüsse (Chemie, Metall/Elektro, Post...) die Reallöhne nicht gesichert. Die Erhöhungen waren zu gering und treten erst nach vielen Nullmonaten in Kraft – zum Teil über 1 Jahr später, die Laufzeiten sind viel zu lang, meist 2 Jahre oder noch länger. Die steuer- und abgabenfreie Inflationsprämie sieht auf den ersten Blick nach viel aus, ist aber nicht nachhaltig und verpufft, weil es nicht in die Tabelle fließt. Da braucht es erheblich mehr Druck auf die Gewerkschaftsführung, dass nicht vorschnell abgeschlossen wird, ohne die Kampfkraft der Kolleginnen und Kollegen auszuschöpfen.

### Angriffe auf das Streikrecht zurückweisen

Wenn aus „Streik-Folklore“ echter Arbeitskampf mit ernsten ökonomischen Konsequenzen wird, wird die Kapitaleseite nervös und der Ruf nach weiteren Einschränkungen des Streikrechts laut. So forderte der Deutsche Arbeitgeberverband (BDA) in Person seines Hauptgeschäftsführers Steffen Kampeter „gesetzliche Regelungen mit dem Ziel, dass Arbeitskämpfe Ausnahmen bleiben sollen“. Anfang März nannte er gemeinsame Streikaktionen von Verdi und der Klimaschutzorganisation Fridays for Future (FFF) anlässlich des globalen Klimastreiktag eine „gefährliche Grenzüberschreitung“. Und der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke meinte, dass es „eine gefährliche Vermischung des Arbeitskampfes mit allgemeinerpolitischen Forderungen“ sei. Solche Äußerungen sind einerseits provokant und hätten gleich mit einem Generalstreik beantwortet werden sollen. Andererseits zeigen sie, dass Gewerkschaften von der Gegenseite (wieder) als Akteur auf Augenhöhe wahrgenommen werden, wenn sie massenhaft wirkungsvoll streiken. Auch in Frankreich und Großbritannien gibt es große Angriffe auf das Streikrecht.

Obwohl der Streik als universales Menschenrecht durch UN-Menschenrechtscharta wie auch europäischer Charta der Grundrechte geschützt ist, ist seine Existenz bedroht. Diese Angriffe müssen wir gemeinsam zurückweisen. Letztendlich geht es beim Streikrecht um eine gesellschaftliche Machtfrage. Es geht darum, ob wir als Beschäftigte es schaffen, unsere demokratischen Rechte auszuweiten, uns unsere Rechte selbst zu nehmen und entsprechenden politischen Druck zu erzeugen. Das Streikrecht ist im Kapitalismus nur durch seine Anwendung durchzusetzen, nicht durch Verzicht.

### Protziger Porsche statt preisgünstiger Polo

Trotz geringerer Absätze verzeichnen die Konzerne steigende Umsätze und Rekordgewinne. Wie ist das möglich? Die Strategie der Autokonzerne geht auf: Die wenigen Halbleiter, die sie haben, verbauen sie in ihren „Premium-Modellen“. Diese können sie dann für teures Geld verkaufen. Das ist auch an der Zahl der neu zugelassenen Modelle abzulesen. Während die Zahl der Kleinwagen-Neuzulassungen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 12,2 % sank, stieg die Zahl der Oberklasse um 5,8 und der SUV um 16,6 %.

Diese erfolgreiche Strategie soll beibehalten werden. Die Konzerne kämpfen um Anteile im lukrativen Segment der „Premium-Modelle“, gleichzeitig stoßen sie die angeblich unrentable Produktion von günstigen Modellen ab. Der ADAC stellt fest, dass „einige Hersteller (die) günstigen Modellvarianten – also solche mit wenig Ausstattung und ‚schwachen‘ Motorisierungen – einfach nicht mehr an(bieten)“. Dadurch wird das Angebot verknappt, was zu einer weiteren Verteuerung der verfügbaren „günstigen Modellvarianten“ führt. Die Folge ist ein massiver Preisanstieg bei Klein- und Kleinwagen: Im Vergleich zu 2017 um

44,3 %, bzw. 30,1 %. Die Preise der Oberklasse stiegen um 12,7 %. **Die viel zitierte Abkehr vom Verbrenner ist derzeit eine Abkehr vom günstigen Kleinwagen.**

Der „klimaneutrale Umbau“ trifft die Beschäftigten also in zweierlei Hinsicht. Zum einen führt er zur Schließung von Werken, Personalabbau und Rationalisierungen. Das gilt vor allem dort, wo günstige Modelle gebaut werden. Zum anderen sind die Preise für Kleinwagen, an denen viele ein Interesse haben, stark gestiegen. Die zunehmende Bedeutung der „E-Mobilität“ wird diese Tendenz verstetigen, da die Technologie per se sehr teuer ist. Das lohnt vielleicht in der Mittelklasse oder bei Premiumwagen, aber die Verbindung Kleinwagen und E-Auto ist derzeit kein ökonomisch sinnvolles Modell.“ Demnach werden die Preise im Kleinwagensegment hoch bleiben.

### Arbeitszeitverkürzung: Erfolgreiches Pilotprojekt

Vier Tage bei vollem Lohnausgleich arbeiten: ein Traum oder doch umsetzbar? Entspannter und glücklicher würden die Beschäftigten sein und daher sogar produktiver, argumentieren die Befürworter. Zu teuer, sagen die Gegner. Die bisher größte Studie zur Vier-Tage-Woche gibt den Befürwortern recht. Nach einem sechsmonatigen Pilotprojekt in Großbritannien wollen mehr als 4 von 5 der beteiligten Firmen an dem Konzept festhalten. Das Pilotprogramm, das von »4 Day Week Global« gemeinsam mit der Denkfabrik »Autonomy« durchgeführt wurde, umfasste über 60 Unternehmen und befragte fast 3.000 Beschäftigte. Durchschnittlich stieg der Umsatz der beteiligten Unternehmen den Forschern zufolge während der Testphase in der 2. Hälfte 2022 um 1,4 %. Die Krankheitstage gingen während des Testzeitraums um zwei Drittel zurück und die Zahl der Angestellten, die in dieser Zeit das Unternehmen verließen, fiel um mehr als die Hälfte. **Rund 4 von 10 Beschäftigten gaben an, sich weniger gestresst zu fühlen als vor Beginn des Projektes.**

### Kämpfen lohnt sich: Voller Erfolg nach Streik bei Saxonia



Der Streik der Beschäftigten bei Saxonia in Göppingen gegen die Tariffucht des Unternehmens war erfolgreich. Nach 9 Tagen Streik konnten sie durchsetzen, dass in Zukunft die Flächentarifverträge wieder vollumfänglich gelten, auch die im November vereinbarte Lohnerhöhung für die Metall- und Elektroindustrie wird umgesetzt. Das ist ein voller Erfolg und zeigt, wenn eine Belegschaft zusammen hält und sich organisiert, können sie sich auch gegen die Unternehmensleitung durchsetzen. Für die

rund 230 Beschäftigten ein tolles Ergebnis, das sie mit 100-prozentiger Zustimmung annahmen. **Die Solidarität aus anderen Betrieben war groß und hat der kleinen Belegschaft den Rücken gestärkt und Kraft gegeben. Die Tarifbindung** ist in den letzten Jahrzehnten **massiv gesunken**, so bei den Beschäftigten in den westlichen Bundesländern zwischen 1998 und 2020 von 76 auf 45 %, in den östlichen von 63 auf 32 %. Wo keine Tarifbindung da ist, werden die Löhne niedriger und geht auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad zurück. Von den 45,7 Millionen Beschäftigten in Deutschland sind weniger als 5,7 Millionen gewerkschaftlich organisiert, gerade mal noch 12,5 %. **Diese Entwicklung zeigt den Teufelskreis, zeigt aber auch, wie wichtig der Kampf um Tarifbindung ist. Deshalb gilt es, diese Kämpfe zu unterstützen.**